

„Es geht um Menschen“

Brigitte Rousseau und die Informationsversammlung zur „Ediff“-Flüchtlingsstruktur

VON LUC EWEN

Am Montag ging es hoch her bei der Informationsversammlung zur provisorischen Struktur für Flüchtlinge bei Lallingen. Nicht alle waren einer Meinung. Brigitte Rousseau sagt die ihre und warum sie abends eine Tasse Tee trinkt.

Montagabend in der Lallinger Sporthalle. Seit anderthalb Stunden beobachtet Brigitte Rousseau aus Monnerich das Geschehen bereits. Sie steht am Saalende bei der Tür. Der Raum ist mit etwa 250 Anwesenden mehr als voll. Viele haben schon gesprochen. Zwei Minister, die Caritaspräsidentin, Vertreter von Polizei und Stadt, aber vor allem Bürger aus Lallingen, Monnerich und dem Escher Neudorf. Die Stimmung ist aufgeheizt. Es geht um die provisorische Flüchtlingsstruktur für bis zu 160 männliche Asylbewerber im ehemaligen „Ediff“-Gebäude zwischen Monnerich und Lallingen. „Niemand hat was gegen Asylbewerber, aber nicht hier und nicht so“, scheint das Credo zu sein.

Schließlich reicht es Brigitte Rousseau. Sie ergreift Mikrofon und Wort. Ganz kurz. Ganz knapp: Sie höre hier nur das, was man von den Asylbewerbern erwarte. Es sei aber an jedem, einen Schritt zu tun. Es gehe um Menschen. Und dann der Satz: „Ich habe bei mir zu Hause einen Flüchtling aufgenommen, das ist wundervoll.“ Das hat gesessen. Einige klatschen. Andere (darunter auch Personen aus ihrer Nachbarschaft) staunen ungläubig. Der nächste Redner will sich über ein Manko an Kommunikation beschweren, kommt aber nicht recht in Schwung. Die Worte von Brigitte Rousseau hallen nach. Doch schon wenige Minuten später scheinen sie vergessen. Der Stunk zwischen Bürgern und Regierungsvertretern geht weiter. Letztere versprechen übrigens, die Flüchtlingsstruktur zu schließen, sobald jene im Neudorf eröffnet. Doch das kann dauern. Gegen den dortigen PAP wurde Klage eingereicht. Danach soll die Polizei-



Für Brigitte Rousseau ist „Ehrenamt“ kein Fremdwort. Ob beim Einsatz für krebserkrankte Kinder oder beim „Red Rock Challenge“. Dennoch findet sie Zeit, zwei Fremde bei sich zu Hause aufzunehmen. (FOTO: LUC EWEN)

schule in das „Ediff“-Gebäude einziehen.

„Wer hat was zu verlieren?“

Wir treffen Brigitte Rousseau rund zwölf Stunden später, um mit ihr die Versammlung noch einmal Revue passieren zu lassen. Am Tag zuvor hatte sie gesagt, Luxemburger sollten auf Asylsuchende zugehen. Ein anderer Redner hatte dagegen angemerkt, es sei immer nur an den Luxemburgern sich anzupassen. Er müsse auf der Arbeit Französisch sprechen.

„Solche Aussagen zeugen von der Angst, etwas zu verlieren. Dabei wissen die meisten nicht einmal was dieses ‚etwas‘ ist, das sie zu verlieren befürchten.“ Französisch sei nun mal eine der drei Landessprachen, so Rousseau. Den meisten Luxemburgern ginge es doch gut. Die Flüchtlinge dagegen hätten alles verloren. „Dann heißt es, ‚die bekommen ja alles ge-

schenkt‘, aber das stimmt nicht.“ Rousseau erzählt von dem 19-jährigen Afghanen, der bei ihr vor mehr als zwei Monaten ein neues Zuhause gefunden hat. „Er kriegt wöchentlich einen Gutschein, der eine Woche gültig ist, im Wert von 50 Euro. Dafür kann er Essen kaufen, aber nur bei der ‚Epicorerie roulante‘. Für 36 Euro im Monat bekommt er Gutscheine für Hygieneartikel. Die sind im Supermarkt gültig, aber nicht beim Discount. Dann kriegt er noch 26 Euro Taschengeld pro Monat in bar. Den öffentlichen Transport kann er nur gratis nutzen, weil er zur Schule geht. Er weiß heute nicht, ob er nächste Woche noch hier sein darf. Und andere fürchten um den Verlust einer Sprache?“

„Neos eng Kläpperei“

Brigitte Rousseau will dabei diese Ängste nicht verharmlosen, aber es sei halt wichtig, die Dinge von

mehreren Seiten aus zu beleuchten. So hatten am Montag viele bemängelt, dass sie nicht informiert wurden, warum so viele mutmaßliche Polizeieinsätze um die „Ediff“ stattgefunden hätten. Sorge hatte der Polizeihelikopter bereitet, der am Wochenende über Lallingen zu sehen war. Am Montag hatte Polizeiregionaldirektor Daniel Reiffers erklärt, dass dies nichts mit einer Schlägerei zu tun hatte. Vielmehr wollte ein traumatisierter Flüchtling seinem Leben ein Ende setzen, was unter anderem dank des Helikoptereinsatzes verhindert wurde.

Brigitte Rousseau kennt diese Situation. Regelmäßig hätte „ihr“ Flüchtling Magenkrämpfe, oder starke Kopfschmerzen. Die seien auf Bombenangriffe zurückzuführen, die er erleben musste. Bei einem starb seine Mutter. „Wenn im Heim eine Person solche Anfälle hat, ruft das Personal den Krankenwagen. Dann sehen die Nachbarn das Blaulicht und schon heißt es ‚Et gouf nees eng Kläpperei‘.“ Pflichten hätten alle. Einwohner, Regierung und die Asylsuchenden. Aber es sei nicht nur an der Regierung zu informieren, es sei auch an denen, die etwas behaupten, sich selbst vorher zu informieren, findet Rousseau.

„Alle müssen sich anpassen“

Im Hause Rousseau lebt neben dem „Demandeur de protection internationale“ auch noch eine russische Doktorandin. Es geht also international zu. Dafür mussten sich alle anpassen. So änderte der Jugendliche sein Frauenbild. „Er erzählte mir, als ich ihn zur Schule fuhr, dass in Afghanistan Frauen nicht Autofahren dürfen. Da hielt ich an und sagte ihm, wenn er das gut fände soll er zu Fuß gehen. Er hat sein Frauenbild schon stark verändert, aber wer 18 Jahre in solch einer Welt lebt, braucht Zeit.“ Später fügt Brigitte Rousseau lächelnd hinzu: „Auch ich habe mich angepasst. Jeden Abend trinken wir drei gemeinsam – nach afghanischer Tradition – eine Tasse Tee.“

DER KOMMENTAR

Nicht meine Stadt

VON JACQUES GANSER

Da denkt man, eine Stadt, die seit mehr als hundert Jahren von Immigration lebt, welche italienische, portugiesische und andere Immigrationswellen erlebt hat und in der man sein gesamtes, bisheriges Leben verbracht hat, sei immun gegen fremdenfeindliche Auswüchse. Und dann erlebt man am Montagabend bei der Informationsversammlung zum Flüchtlingsheim im ehemaligen Ediff-Gebäude soviel Unappetitliches. Fremdenfeindliche Aussagen und Ressentiments waren nicht zu überhören, es gab Applaus für besonders beleidigende Aussagen und Buhrufe für diejenigen, die für Verständnis warben. Zum Glück waren es nur einige Wenige, die ihren kleinbürgerlichen Dampf abließen oder sich in der prälektoralen Phase einmal zeigen wollten. Bei allen den anderen, und das war der Großteil, handelte es sich um besonnene Bürger mit realen Ängsten, Sorgen und Fragen. Und die waren angesichts der suboptimalen Informationspolitik der Regierung auch berechtigt. Mehr als hundert alleinstehende, junge Männer mit zum Teil traumatischen Kriegserlebnissen und aus allen möglichen Kulturkreisen ohne wirkliche Beschäftigung zusammenleben zu lassen, ist, unabhängig vom Flüchtlingshintergrund, immer problematisch. Innenminister Dan Kersch und Integrationsministerin Corinne Cahen haben das am Montag zu spüren bekommen und ihr „mea culpa“ abgelegt. Das Thema ist zu problematisch für Täuschungsmanöver, die Regierung sollte die Karten von Anfang an auf den Tisch legen. Dann werden auch die Escher Bürger verständnisvoller sein. Und zeigen, dass sie das können, was ihnen bisher noch immer gut gelungen ist: Fremde mit offenen Armen zu empfangen.